

Deine Unterstützung zählt!

Wir möchten eine sichere
und unbedenkliche Stadt.
Wir setzen uns für Dich ein!

■ **NEIN** zu forensischen Kliniken in Ballungsgebieten



Erneut versuchen den Parteien von SPD und Grünen uns eine schwere Last aufzuerlegen; erneut wollen sie uns vor unveränderbare Tatsachen stellen.

Aber nicht mit uns! Wir von der **JUGEND - PRO NRW** stellen uns gegen den Plan, in unserer Heimat, in unserer Nachbarschaft eine forensische Klinik zu errichten. Wir von der **JUGEND - PRO NRW** wollen es nicht zulassen, dass psychisch-krankte Straftäter sich z.B. durch einen offenen Vollzug frei in unserer Stadt bewegen können, ohne dass wir dies bemerken.

Wir oft mussten wir schon lesen, dass Sexualstraftäter wieder „rückfällig“ geworden sind und Kinder und Frauen missbraucht haben. Die Politiker und Psychologen meinen dann, mit so etwas hätte man ja nicht rechnen können.

Die **JUGEND - PRO NRW** steht für Opferschutz
anstatt für Täterschutz!

Nicht die Täter gilt es zu schützen, sondern die Opfer bzw. die potenziellen Opfer. Denn unsere Familien, unsere Kinder könnten die nächsten Opfer von solchen Straftätern werden.

Die **PRO NRW** ist die einzige Partei, die sich für den Schutz unserer Familien einsetzt. Damit wir unsere Familien und Kinder nachhaltig schützen können, ist es wichtig, dass auch Du uns unterstützt. Zeige auch Du den verbrauchten Altparteien die „rote Karte“ und setze mit uns ein Zeichen gegen die Gefährdung unserer Familien. Unterstütze unsere Petition, damit in unserer Nachbarschaft keine psychisch-kranken Sexualstraftäter angesiedelt werden.

Auch unsere Nachbarschaft kann ein Standort für eine forensische Klinik werden. Nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung sollen in ca. 130 Städten mögliche Standorte für forensische Kliniken ermittelt werden. Nach Informationen aus diversen Medien könnten u.a. die Städte **Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Unna, Castrop Rauxel, Marl, Haltern, Gladbeck** und **Dorsten** betroffen sein.

Nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens sucht die Landesregierung derzeit nach Standorten zum Neubau oder zur Erweiterung forensischer Kliniken, wie etwa im **Bergischen Land**, wo **Solingen, Wuppertal** oder **Remscheid** in Frage kämen. Auch die Stadtverwaltung **Hamm** ist aus dem Gesundheitsministerium angeschrieben worden, ob es in ihrem Stadtgebiet ein geeignetes Grundstück für den Neubau einer Forensik gäbe. Und auch in den Landesbezirken **Bonn** und **Münster** ist die Landesregierung auf Grundstücksuche.

Die kommunalen Vertreter der Grünen und der FDP in Gelsenkirchen z.B. halten die Standortsuche für eine „Gute Sache“ (Grüne) und die FDP hält eine „grundsätzliche Ablehnung für falsch“. Wir von der **JUGEND - PRO NRW** sprechen uns gegen den Bau einer Forensik in unserer Nachbarschaft aus!



Stefanie Wohlfarth
Mutter und Mitglied des Bezirksvorstandes Ruhrgebiet
von PRO NRW

jugend-pro-nrw.de



jugend-pro-nrw.de

Anschrift:
PRO NRW, Bezirksverband Ruhrgebiet
Postfach 30 04 43, 45863 Gelsenkirchen

Telefax:
0209 - 98899743

E-Mail:
kontakt@pro-nrw-ruhrgebiet.de

Bürgerbewegung PRO NRW

Eine wirkliche Ablehnung zur neuen Ansiedlung von forensischen Kliniken in Wohngebieten gibt es in der Politik nicht. Im Gegenteil: Einige Parteien, wie die FDP und die Grünen sprechen sich sogar positiv zur aktuellen Standortsuche aus.

Petition nach Art. 17 GG

Unterschriftenlisten bitte ausfüllen und einsenden an:

Bürgerbewegung PRO NRW
Bezirksverband Ruhrgebiet
Postfach 30 04 43, 45863 Gelsenkirchen

Gemäß Artikel 17 des Grundgesetzes richte ich folgende Petition an den Landtag NRW:

Die Abgeordneten des Landtages werden aufgefordert, in allen zuständigen Gremien gegen den geplanten Bau von forensischen Kliniken in Ballungsgebieten zu stimmen.

NEIN zur forensischen Klinik in der Nachbarschaft!

Dabei haben wir leider aus zahlreichen Medienberichten erfahren müssen, wie schnell „psychisch-krank“ Sexualtäter für „gesund“ gehalten werden und quasi direkt nach der Entlassung bzw. dem „Freigang“ sich an Kindern und Frauen vergangen haben.

Die verbrauchten Altparteien, aber auch einige Richter des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sorgen sich in erster Linie um die Rechte der Sexualstraftäter, aber nicht um die Rechte der Opfer bzw. potenziellen Opfer.

Vor- und Zuname	Straße + Haus-Nr.	PLZ, Wohnort	Telefon	Unterschrift	<input checked="" type="checkbox"/>